

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 25.03.2026 gemäß § 23 folgende

Anfrage

Schülerströme in der Josefstadt & umliegende Bezirke

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Schüler*innen werden in den nächsten 4 Jahren in einer 1. Klasse einer Volksschule bzw. 1. Klasse einer weiterführenden Schule in der Josefstadt beginnen?
2. Wie viele Schulplätze gibt es in der Josefstadt? Aufgegliedert nach folgenden Schulformen:
 - Volksschulen (va. 1. und 4. Jahr)
 - Mittelschule bzw. AHS (1. Jahr)
 - Berufsbildende Schulen
3. Wie viele Hortplätze gibt es in der Josefstadt (öffentlich & privat)?
4. Wie viele Schüler*innen wohnen in der Josefstadt bzw. in den umliegenden Bezirken und besuchen eine Schule in der Josefstadt?
5. Wie viele Schüler*innen, die in der Josefstadt wohnhaft sind, besuchen eine Schule in den umliegenden Bezirken.

Begründung

Die Josefstadt ist zwar der flächenmäßig kleinste Bezirk Wiens hat aber viele ausgezeichnete Schulen bzw. Bildungsangebote. Wir möchten auch in Zukunft den Kindern die bestmögliche Bildung ermöglichen und Eltern bei der Schulauswahl unterstützen. Daher ist es unbedingt erforderlich, dass wir den konkreten Bedarf (vor allem auch in der Zukunft) und Ressourcen im Detail kennen, um auch vorausschauend planen zu können.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung
am 25.03.2026 gemäß § 23 folgende

Anfrage

Videos vom Dach der Justizanstalt Josefstadt

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist dem Bezirksvorsteher bekannt, dass Videos existieren, auf denen Personen am Dach der Justizanstalt Josefstadt zu sehen sind?
2. Seit wann ist dem Bezirksvorsteher dieser Umstand bekannt?
3. Hat der Bezirksvorsteher diesbezüglich Kontakt mit der Leitung der Justizanstalt oder dem zuständigen Bundesministerium aufgenommen?
4. Wurde seitens der Justizanstalt oder der zuständigen Behörden erklärt, wie es zu diesen Situationen kommen konnte?
5. Trifft es zu, dass ein Zugang über ein Baugerüst möglich war?
6. Welche Maßnahmen wurden inzwischen gesetzt, um um derartige Sicherheitslücken künftig zu verhindern?

Begründung

In sozialen Medien kursieren seit einiger Zeit mehrere Videos, auf denen Personen zu sehen sind, die sich offenbar am Dach der Justizanstalt Josefstadt aufhalten und dort herumspazieren. Nach derzeitigen Informationen dürfte der Zugang möglicherweise über ein im Zuge von Bau- oder Sanierungsarbeiten errichtetes Gerüst erfolgt sein. Sollte dies zutreffen, wirft dies erhebliche Fragen hinsichtlich der Sicherung solcher Zugänge auf.

Besonders problematisch erscheint dabei nicht nur der Umstand, dass Unbefugte offenbar relativ einfach Zugang zum Dach eines sicherheitsrelevanten Gebäudes erlangen konnten. Ebenso stellt sich die Frage, ob sie dadurch auch in die Justizanstalt selbst gelangen könnten.

Der Bezirk muss sich im Sinne des öffentlichen Interesses jedenfalls dafür einsetzen, dass sensible Einrichtungen im Bezirk auch funktionierende Sicherheitsvorkehrungen haben und unbefugten Personen kein Zutritt ermöglicht wird.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ und NEOS stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2026 gemäß § 23 folgende

Anfrage

Ausgaben Öffentlichkeitsarbeit

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hoch waren die Gesamtausgaben der Bezirksvorstehung Josefstadt im Jahr 2025 für Öffentlichkeitsarbeit, Werbung und Informationsarbeit (einschließlich etwaiger Beauftragungen von Agenturen, Druckkosten, Inseraten usw.) ?
2. Welche Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden im Jahr 2025 von der Bezirksvorstehung Josefstadt gesetzt? Es wird um eine Aufschlüsselung nach Medium, Zweck der Information sowie den jeweils angefallenen Kosten gebeten.

Begründung

Im Zuge der Umstellung der Bezirksmittel für die Öffentlichkeitsarbeit besteht ein besonderes Interesse daran, einen klaren Überblick über die im Jahr 2025 tatsächlich eingesetzten Mittel zu erhalten. Die Auskünfte sollen dazu beitragen, den Einsatz der Öffentlichkeitsmittel nachvollziehbar darzustellen und eine fundierte Grundlage für zukünftige Entscheidungen zu schaffen.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ und NEOS stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2026 gemäß § 23 folgende

Anfrage

Schulden bzw. Verbindlichkeiten des Bezirks

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht folgende Fragen zu beantworten:

1. Bestehen neben den bereits kommunizierten Schulden des Bezirks weitere ausstehende Zahlungen, Verpflichtungen oder Verbindlichkeiten aus anderen Finanzierungs-, Förder- oder Rückzahlungsprogrammen, wie etwa dem SUSA-Programm? Es wird um eine vollständige Auflistung dieser Verbindlichkeiten einschließlich der jeweiligen Höhe, Fälligkeiten und Restlaufzeiten ersucht.
2. Wie hoch ist der Gesamtbetrag aller bestehenden Verbindlichkeiten des Bezirks, wenn sowohl die bereits erwähnten Schulden als auch zusätzliche ausstehende Zahlungen und Rückzahlungsverpflichtungen aus anderen Finanzierungs-, Förder- oder Rückzahlungsprogrammen (wie etwa dem SUSA-Programm) zusammengeführt werden?

Begründung

In Zeiten österreichweiter Bemühungen zur Budgetkonsolidierung ist auch eine vollständige Gesamtübersicht der finanziellen Lage des Bezirks unerlässlich, einschließlich eventueller ausstehender Rückzahlungen anderer Darlehen oder finanzieller Programme.

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ, ÖVP und NEOS stellen zur
Bezirksvertretungssitzung am 25.03.2026 gemäß § 23 folgende

Anfrage

Zusage der Förderung für die Umgestaltung des Josef-Matthias-Hauer-Platz

Der Herr Bezirksvorsteher wird ersucht folgende Fragen zu beantworten:

- Liegt dem Bezirksvorsteher eine schriftliche Zusage des Bundes zur Förderung der Umgestaltung des Hauerplatzes vor?
- Wenn ja: Wann genau ist diese schriftliche Zusage beim Bezirksvorsteher bzw. bei der Bezirksvorstehung eingelangt?
- Wenn nein: auf welche Art und Weise haben Sie die Förderzusage bekommen?
- Welche Fördersumme ist darin konkret zugesagt?
- Aus welchem Budget wird die Förderung bestritten?
- Wann genau hat der Bezirksvorsteher erstmals öffentlich oder gegenüber Medien kommuniziert, dass eine Förderung durch Bundesmittel zugesichert wurde?
- Erfolgte diese Kommunikation vor oder nach dem Einlangen einer schriftlichen Förderzusage?
- Warum wurde der Bezirksvertretung die entsprechende schriftliche Dokumentation bislang nicht vorgelegt, obwohl die Förderung wiederholt öffentlich als gesichert dargestellt wurde?
- Wird der Bezirksvorsteher der Bezirksvertretung die entsprechende Förderzusage bzw. Förderunterlagen vollständig zur Verfügung stellen?
- Wann wird der Betrag überwiesen werden?
- Wie hoch soll der Budgetvorgriff des Bezirks in den Jahren 2026 und 2027 genau sein?
- Was bedeutet der Budgetvorgriff für den Schuldendienst des Bezirks in den Folgejahren?

Begründung

Im Zusammenhang mit der geplanten Umgestaltung des Josef-Matthias-Hauer-Platz wurde in den vergangenen Wochen wiederholt öffentlich durch den Bezirksvorsteher kommuniziert, dass eine Förderung durch Bundesmittel zugesichert wurde. Umso mehr stellt sich die Frage nach dem tatsächlichen Status der vielfach erwähnten Bundesförderung sowie nach der zeitlichen Abfolge der entsprechenden Informationen.

Bislang wurde der Bezirksvertretung keine schriftliche Förderzusage oder sonstige Dokumentation vorgelegt, aus der eindeutig hervorgeht, dass entsprechende Bundesmittel tatsächlich verbindlich zugesagt wurden. Gleichzeitig wurde jedoch öffentlich wiederholt der Eindruck vermittelt, dass eine Finanzierung bereits gesichert sei.

Gerade bei Projekten dieser Größenordnung ist Transparenz gegenüber der Bezirksvertretung und der Öffentlichkeit wesentlich. Wenn Fördermittel des Bundes als gesichert dargestellt werden, sollte dies auch nachvollziehbar dokumentiert sein. Vor dem Hintergrund, dass das Projekt im heurigen Bezirksbudget nicht budgetiert wurde, ist es umso wichtiger, Klarheit darüber zu schaffen, ob und in welchem Umfang tatsächlich eine verbindliche Förderzusage vorliegt oder vorlag.

Die Klubs von NEOS Josefstadt, ÖVP Josefstadt und SPÖ Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.03.2026 gemäß §23 Abs. 1 GO-BV folgende

Anfrage betreffend Umstellung VS Lange Gasse auf OVS

Sehr geehrter *Herr Bezirksvorsteher Fabisch*

1. Wann wurde der VS Lange Gasse seitens des Bezirks mitgeteilt, dass eine Umstellung zur OVS geplant ist – und auf Basis welcher konkreten Zusagen fremder Budgetmittel und Kostenvoranschläge wurde dieses Projekt entwickelt?
2. Welche konkreten Zusagen wurden der VS Lange Gasse hinsichtlich der OVS-Umstellung gemacht – mündlich oder schriftlich – und von wem wurden diese wann erteilt?
3. Wann wurde intern festgestellt, dass die Finanzierung des Bezirksanteils nicht möglich ist – und wann wurde dies der VS Lange Gasse kommuniziert?
4. Wie hoch sind die erwarteten Gesamtkosten der Umstellung?
5. Welche Rücklagen wurden und werden für die Umstellung der VS Lange Gasse gebildet – auch unter Berücksichtigung einer möglichen Mitfinanzierung durch die Stadt Wien?
6. Wie kann es sein, dass 2,5 Millionen Euro Bezirksmittel für die Umgestaltung des Josef-Matthias-Hauer-Platzes eingeplant werden, während die OVS-Umstellung der VS Lange Gasse sowie der Umbau des einzigen städtischen Kindergartens in der Josefstädter Straße mit Verweis auf fehlende Mittel verschoben werden?

Begründung:

Die geplante Umstellung der VS Lange Gasse auf eine offene Volksschule (OVS) wurde mit Verweis auf budgetäre Rahmenbedingungen abgesagt. Gemäß Wiener Stadtverfassung sind die Bezirke nicht nur für den Erhalt und die Instandhaltung von Pflichtschulgebäuden zuständig, sondern tragen auch die Verantwortung für die Finanzierung notwendiger Umbaumaßnahmen.

Diese Zuständigkeit gilt unabhängig davon, ob die Stadt Wien etwa im Rahmen von Schulsanierungspaketen einen Teil der Kosten trägt– der verbleibende Bezirksanteil ist stets aus Eigenmitteln zu bestreiten.

Vor diesem Hintergrund wirft die aktuelle Budgetplanung des Bezirks Fragen auf: Laut aktuellem Newsletter des Bezirksvorstehers wird die Umgestaltung des Josef-Matthias-Hauer-Platzes mit einem Bezirksbudgetanteil von rund 2,5 Millionen Euro, verteilt auf zwei Jahre, mit geplanter Fertigstellung Herbst 2027 vorangetrieben. Gleichzeitig werden die OVS-Umstellung der VS Lange Gasse sowie der Umbau des einzigen städtischen Kindergartens in der Josefstädter Straße mit Verweis auf fehlende Mittel zurückgestellt.

Wien, am 18.3.2026

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 23 GO BV folgende

ANFRAGE

BETREFF: Reinigungsintervalle für Straßen und Fußwege

Wir ersuchen den Herrn Bezirksvorsteher um folgende Auskunft:

- Haben sich die Reinigungsintervalle insbesondere für Fußwege geändert?
- Wird die Straßenreinigung nach wie vor unmittelbar von der MA48 vorgenommen oder bedient man sich eines privaten Dienstleisters?

BEGRÜNDUNG:

Es gehen wiederholt Bürgeranfragen ein, ob bzw. in welchen Intervallen insbesondere die Gehsteige nicht mehr gereinigt werden. Verunreinigungen würden teilweise über mehrere Wochen nicht beseitigt. Sofern eine Reinigungsleistung feststellbar war, fiel diese hinter das gewohnte Maß zurück.

Zudem treten die dem Bezirksbild vertrauten Mitarbeiter der MA48 im Kehrdienst kaum bis gar nicht mehr in Erscheinung. Stattdessen verrichten augenscheinlich wechselnde Personen, die nicht als Mitarbeiter der MA48 zu erkennen sind, etwaige Kehrtätigkeiten, sodass diesfalls kaum eine Expertise über die örtlichen Gegebenheiten aufgebaut werden kann, die einer Qualitätssicherung /-steigerung zuträglich ist.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 23 GO BV folgende

ANFRAGE

BETREFF: Neue City-Bus-Linien

Wir ersuchen den Herrn Bezirksvorsteher um folgende Auskunft:

- Wurden seitens des Herrn Bezirksvorstehers in den letzten 24 Monaten mit den Wiener Linien Gespräche zu dem Zwecke geführt, eine City-Bus-Verbindung mit Haltestellen in der Josefstadt einzurichten?
- Wenn nein, warum nicht?

BEGRÜNDUNG:

Die Innenstadtbusse bekommen neue Strecken. Um die Verbindungen zu den Nachbarbezirken zu stärken, überqueren die Linien 2A, 3A und 57A nun auch Bezirksgrenzen. Die Linie 2A beispielsweise bindet die Leopoldstadt vom Augarten mit einer direkten Verbindung zum Stephansplatz an. Trotz der geographisch günstigen Lage ist die Josefstadt über die Route Schottentor-Stephansplatz derzeit verhältnismäßig (insbesondere im Vergleich zum genannten zweiten Bezirk) schlecht an die Innenstadt angebunden. Die Schaffung einer City-Bus-Verbindung (zB Linie 8C) nach dem Vorbild der Linie 2A würde eine deutliche Verbesserung des Angebots für die Bezirksbewohner bedeuten.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 23 GO BV folgende

ANFRAGE

BETREFF: Astoria-Garage

Wir ersuchen den Herrn Bezirksvorsteher um folgende Auskunft:

- Haben Sie Informationen betreffend den Betrieb der Astoria-Garage in der Trautsongasse?
- Ist Ihnen bekannt, dass Stellplatz-Verträge gekündigt worden sind?
- Wie lange stehen die Stellplätze in der Garage zur Verfügung?

BEGRÜNDUNG:

Bezirksbewohner berichten uns, dass die Betreiberunternehmung der Astoria Garage alle Verträge gekündigt hätte. Am Objekt selbst hing am 11. März ein Aushang, der die „Dauerparker [...] um Kontaktaufnahme“ ersucht. Es ist zu befürchten, dass hier erneut Stellplätze in einem Grätzl, das ohnedies unter einer angespannten Parkplatz-Situation leidet, wegfallen.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 23 GO BV folgende

ANFRAGE

BETREFF: Geburtstagsfeier für den ehemaligen Bezirksvorsteher Heribert Rahdjian

Wir ersuchen den Herrn Bezirksvorsteher um folgende Auskunft:

- Wer hat die im Jänner 2026 abgehaltene Geburtstagsfeier für den ehemaligen Bezirksvorsteher, Heribert Rahdjian, organisiert?
- Nach welchen Kriterien wurde der Einladungskreis für diese Veranstaltung festgelegt? Welche Personen wurden dabei aufgrund ihrer Funktion bzw. ihres Amtes eingeladen?
- Ist Ihnen bekannt, wer die Kosten für diese Veranstaltung getragen hat?
- Wurden für die Durchführung dieser Feier Mittel aus dem Bezirksbudget verwendet? Falls ja, in welcher Höhe sind entsprechende Ausgaben angefallen?
- Wurden für diese Veranstaltung Mittel aus den Verfügungsmitteln des Bezirksvorstehers herangezogen? Falls ja, in welcher Höhe?

BEGRÜNDUNG:

Im Jänner 2026 wurde zu einer Geburtstagsüberraschungsfeier für den ehemaligen Bezirksvorsteher der Josefstadt, Heribert Rahdjian, eingeladen. Medienberichten zufolge nahmen rund 100 Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter an dieser Veranstaltung teil. Eine Feier dieser Größenordnung ist mit erheblichen organisatorischen und finanziellen Aufwendungen verbunden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung öffentliche Mittel verwendet wurden. Darüber hinaus ist von Interesse, wer die Organisation dieser Feier übernommen hat und nach welchen Kriterien der Kreis der eingeladenen Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter zusammengestellt wurde.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 23 GO BV folgende

ANFRAGE

BETREFF: Schuldendienstersatz 2026

Wir ersuchen den Herrn Bezirksvorsteher um folgende Auskunft:

- Im Bezirksvoranschlag 2026 ist der Schuldendienstersatz für das Kalenderjahr 2026 mit 811.100 € ausgewiesen. Wie setzt sich dieser Betrag in absoluten Zahlen aus Schuldentilgung und Zinszahlungen zusammen?
- Welcher Zinssatz in Prozent wird von der Stadt Wien für den Schuldendienstersatz verrechnet?

BEGRÜNDUNG:

Im Bezirksvoranschlag 2026 ist für das Kalenderjahr 2026 ein Schuldendienstersatz in Höhe von 811.100 € ausgewiesen. Für eine transparente Nachvollziehbarkeit der budgetären Belastungen des Bezirks ist es wesentlich zu wissen, wie sich dieser Betrag konkret zusammensetzt und welcher Anteil auf die Schuldentilgung beziehungsweise auf Zinszahlungen entfällt. Darüber hinaus ist der für den Schuldendienstersatz von der Stadt Wien verrechnete Zinssatz ein zentraler Faktor für die langfristige finanzielle Belastung des Bezirksbudgets.

Die angefragten Informationen sollen daher dazu beitragen, die Kostenstruktur und finanzielle Auswirkungen des Schuldendienstersatzes klar darzustellen und eine fundierte Beurteilung der entsprechenden Budgetposition zu ermöglichen.



Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und -räte der Fraktion "ÖVP8 – Die Josefstadtpartei." stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 25. März 2026 gem. § 23 GO BV folgende

ANFRAGE

BETREFF: Verfügungsmittel des Bezirksvorstehers

Wir ersuchen den Herrn Bezirksvorsteher um folgende Auskunft:

- In welcher Höhe stehen dem Bezirksvorsteher jährlich Verfügungsmittel zur Verfügung?
- Können Sie eine Aufstellung sämtlicher Ausgaben aus den Verfügungsmitteln seit Ihrem Amtsantritt am 10. Juni 2025 vorlegen, einschließlich der jeweiligen Höhe der Ausgaben?

BEGRÜNDUNG:

Dem Bezirksvorsteher stehen für repräsentative Zwecke sogenannte Verfügungsmittel zur Verfügung. Da es sich dabei um öffentliche Gelder handelt, besteht ein besonderes Interesse der Bezirksvertretung sowie der Öffentlichkeit an einer transparenten und nachvollziehbaren Verwendung dieser Mittel.

Mit dem Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes wurde das Prinzip der staatlichen Transparenz in Österreich wesentlich gestärkt. Öffentliche Stellen sind seither verstärkt verpflichtet, Informationen über ihre Tätigkeit sowie über den Einsatz öffentlicher Mittel zugänglich zu machen.

Vor diesem Hintergrund erscheint es zweckmäßig, Klarheit darüber zu schaffen, in welcher Höhe dem Bezirksvorsteher Verfügungsmittel jährlich zur Verfügung stehen und wie diese seit Beginn der aktuellen Amtsperiode am 10. Juni 2025 verwendet wurden. Die angefragte Aufstellung soll dazu beitragen, die Verwendung dieser Mittel nachvollziehbar darzustellen und dem Transparenzgedanken des Informationsfreiheitsgesetzes Rechnung zu tragen.





Namens der Fraktion FPÖ Josefstadt, stellt Nikolaus Muchitsch gemäß §23 GO BV für die Sitzung am 25. März 2026 folgende

Anfrage

Betreff: Anfrage zur Winternutzung von Schanigärten in der Josefstadt

Anfrage:

Seit Herbst 2023 dürfen Schanigärten in Wien ganzjährig, d.h. auch im Winter betrieben werden. Diese Möglichkeit haben zahlreiche Betriebe in der Josefstadt auch genützt. Die WKO gibt dazu folgende Auskunft:

"Wenn Schanigärten auch über den Winter bewilligt sind, müssen sie aber auch betrieben werden! Es gibt eine strenge Betriebspflicht. Damit soll verhindert werden, dass sich die Schanigärten im Winter zur Laub-Müllhalde, zum Lager oder in eine Brachfläche (ungenutzte Fläche) verwandeln."

Begehungen im Bezirk durch die Bezirksräte der FPÖ Bezirksgruppe Josefstadt zeigen allerdings, dass diese Betriebspflicht immer wieder nicht eingehalten wird. So sammelt sich allerlei Schmutz, während gleichzeitig wertvolle Parkplätze besetzt gehalten werden. Der Bezirksvorsteher wird daher ersucht nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es Zahlen zur tatsächlichen Winternutzung von Schanigärten in der Josefstadt?
2. Wenn ja, bitte um entsprechende Mitteilung der vorhandenen Zahlen.
3. Gab es in den letzten Jahren während der Wintermonate Beschwerden aufgrund der fehlenden Nutzung von Winterschanigärten?
4. Welche Maßnahmen sind geplant, um die Gewerbetreibenden über ihre Betriebs- und Sorgfaltspflicht aufzuklären?
5. Welche Maßnahmen sind geplant, um bei fehlender Nutzung rasch für den Abbau der Winterschanigärten zu sorgen?

Bezirksrat Nikolaus Muchitsch, MSc BA

Die Bezirksrät:innen der Fraktion KPÖ-LINKS- Josefstadt stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 25.März 2026 gem. § 23 GO BV folgende

Anfrage

betreffend geplante Maßnahmen bei Langsamfahrstellen im Straßenbahnnetz der Josefstadt – Abstimmung und Information der Bevölkerung

Laut Auskunft der Wiener Linien GmbH & Co KG bestehen im Bereich des 8. Bezirks mehrere Langsamfahrstellen im Straßenbahnnetz. Im Sinne einer transparenten Information der bzw. durch die Bezirksvertretung ersuchen wir Herrn Bezirksvorsteher Fabisch um Auskunft zu folgenden Punkten:

1. Welche konkreten Maßnahmen sind an den im Bezirk bestehenden Langsamfahrstellen vorgesehen?
2. In welchem zeitlichen Rahmen ist mit der Durchführung dieser Arbeiten zu rechnen?
3. In welcher Form erfolgt bzw. erfolgte die Abstimmung zwischen Bezirk und Wiener Linien hinsichtlich Ablauf, Verkehrsorganisation und Minimierung von Belastungen für Anrainerinnen und Anrainer?
4. Welche Informationsmaßnahmen sind seitens des Bezirks geplant, um die betroffene Bevölkerung rechtzeitig über Art, Umfang und Dauer der Arbeiten zu informieren?
5. Wird der Bezirksvertretung ein zusammenfassender Zeit- und Maßnahmenplan zur Verfügung gestellt?

Langsamfahrstellen deuten erfahrungsgemäß auf mittelfristig erforderliche Instandsetzungs- oder Erneuerungsmaßnahmen hin. Es ist uns ein Anliegen, dass die notwendigen Arbeiten rasch und effizient umgesetzt werden, gleichzeitig aber Planungssicherheit und Transparenz für die Bevölkerung gewährleistet sind.

Für LINKS-KPÖ Josefstadt